

**Rede  
der Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz und für  
Energiepolitik**

**Thordies Hanisch, MdL**

zu TOP Nr. 42

Erste Beratung

**Geothermie als erneuerbare Säule der Energie- und  
Wärmewende in Niedersachsen verankern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Drs. 19/11470

während der Plenarsitzung vom 11.09  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für die Menschen bei uns im Land zählen am Ende des Monats ganz konkrete Fragen: Bleibt das Heizen bezahlbar? Bleibt die Energieversorgung verlässlich? Und haben wir sichere Arbeitsplätze? Das alles kann man bei der Nutzung von Öl und Gas nicht sicher beantworten. Das lernen gerade wir alle - oder zumindest die meisten - an den Tankstellen und anhand unserer Heizungsrechnungen. Rund drei Viertel der deutschen Haushalte heizen heute noch mit Öl und Gas. Das bedeutet eine tagtägliche Abhängigkeit von weltweiten Energiemärkten und unberechenbare Preisschwankungen. Die hat nicht Berlin verursacht, auch nicht die EU. Das sind Folgen der globalen Krisen, in denen wir uns heute leider befinden.

Auch wenn die kurzfristige Lösung nicht einfach in unserer Hand liegt, die langfristige dann eben doch. Dazu braucht es Weiterentwicklung und Fortschritt. Wer den Status quo verteidigt, nimmt sehenden Auges weiter steigende Kosten für Bürger und den Mittelstand in Kauf.

Wir setzen mit diesem Antrag auf heimische, krisen-feste und verlässliche Wertschöpfung. Erdwärme liefert 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag Energie. Sie ist ein Baustein im Fundament unserer Energiewende. Geothermie ist bezahlbare Grundlast, verlässlich und direkt vor unserer Haustür - natürlich nicht überall, und vor allem aktuell noch nicht. Deshalb bearbeiten wir genau dieses Thema. Das ist gut für unsere Wirtschaft, für unsere Bürger und im besten Fall auch gut für die Kassen unserer Kommunen.

Wir haben uns auf der Bundesebene dafür eingesetzt, dass das finanzielle Fündigkeitsrisiko - vereinfacht gesagt, das Risiko, bei der Bohrung vielleicht doch nicht die entsprechende Hitze zu finden - über Bundesförderprogramme abgesichert wird. Damit haben wir Investitionshürden für Kommunen, Stadtwerke und natürlich auch die Privatwirtschaft gesenkt. Jetzt legen wir mit unserem Antrag nach.

Unser industrielles Erbe hier in Niedersachsen sind Tausende ungenutzter Erdöl- und Erdgasbohrungen samt der zugehörigen Daten und des Know-hows. Hier braucht es entweder mehr Motivation für die bisherigen Erdgas- oder Erdölunternehmen, um einzusteigen, oder aber eine Änderung der sogenannten Zustandsänderungshaftung, damit auch andere - Dritte oder Stadtwerke - diese Bohrungen nutzen können und sie für Erdwärme verfügbar werden; das wollen wir erreichen.

Wir haben hier in Niedersachsen aus unserer Vergangenheit jede Menge Daten und Wissen, auf Papier und in Köpfen. Zum Glück ist das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie schon mitten im Digitalisierungsverfahren drin. Damit sind wir als Bundesland wirklich weit vorn. Wo noch unterstützt werden kann, muss weiter unterstützt werden, weil man mit Daten auf Papier im Keller eben nicht her-ausfindet,

wie hoch die Chance ist, an einem bestimmten Ort genug Hitze im Untergrund zu finden. Dieses Potenzial werden wir weiter nutzbar machen.

Das Potenzial in den Köpfen müssen wir erhalten und weiterentwickeln. Wir haben Einrichtungen wie die Bohrmeisterschule in Celle oder die TU Clausthal, die Fachkräfte von morgen ausbilden. Hier müssen wir dranbleiben, damit uns dieses Potenzial nicht in der heutigen Phase des Fortschritts weg-bricht, das wir morgen brauchen.

Mit den Gemeindesteckbriefen zur Tiefengeothermie des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie haben wir eine handhabbare Erstorientierung. Das war und ist entscheidend bei der Wärme-planung in unseren Städten und Gemeinden. Nun müssen sie mit Temperatur- und Reservoirparametern weiterentwickelt werden, damit man dort, wo es sich lohnt, genauer hinschauen kann und es weiter-geht. Wir müssen die Problematik, dass das Endlager-suchverfahren den Anträgen für Erdwärmeaktivitäten an Orten im Weg steht, die niemals für eine End-lager infrage kommen, lösen. Hier braucht es Ab-stimmungen mit dem Endlagersuchverfahren und vor allem pauschale Ansätze. Und es braucht verbindliche Verfahrensfristen und Definitionen, die das ermöglichen.

Ob Genossenschaftsmodell, Stadtwerkekooperation oder öffentlich-private Partnerschaft - unsere Bürgermeisterinnen, Kämmerer und Stadtwerke brauchen rechtssichere Blaupausen, praxistaugliche Vertragsmuster und klare Finanzierungsstrukturen. Von anderen abzuschreiben, ist das Beste, was wir hier machen können.

In München - bestimmt haben das die meisten schon mitbekommen - läuft das alles. Die Stadt-werke betreiben bereits heute sechs Großanlagen für Tiefengeothermie. Und das ist dort nicht das Ende der Aktivitäten. Der Amortisationszeitraum liegt dabei weit unter der Nutzungsdauer, und die Energiekosten für den Endverbraucher sind verlässlich und stabil.

Klar ist, Buxtehude ist nicht München. Klar ist aber auch, in Niedersachsen haben wir Potenziale, die es zu heben gilt. Die Technik, die Wertschöpfung, die Bohrungen, die Arbeitsplätze - natürlich wird es diese Energie nicht umsonst geben. Aber wir haben es in der Hand, dass ein Großteil der Wertschöpfung bei uns bleibt oder landet, anders als bei Öl und Gas. Bei der Windenergie und auch beim Betrieb von PV-Anlagen haben sich einige Kommunen in Niedersachsen mit Anlagen im Eigenbetrieb auf den Weg gemacht. Das spült so richtig Geld in die Kassen! Das ist aber leider nicht der Regelfall.

Ich bin der Überzeugung, dass es genau das braucht: Nicht eine Rückverstaatlichung der großen Systeme, die dann träge werden und meist nicht wirtschaftlich betrieben werden. Es braucht staatliche Modelle auf kommunaler Ebene. Kommunen haben ein ganz unmittelbares Interesse an einem

wirtschaftlichen Betrieb solcher Anlagen. Die können das, egal ob klein oder groß, aber manchmal fehlen das Know-how, manchmal fehlen die Kapazitäten und manchmal vielleicht auch der Mut. Wir machen es jetzt einfacher, schneller und kalkulierbarer. An die Kommunen: Wenn ihr die Gelegenheit habt, ergreift sie und seid mutig!

Besten Dank.